

sogar selber zu Wort kommen könne. Auch der Landtag wurde popularisiert, indem seine Beratungen in Beilagen zu beiden Landeszeitungen erschienen. Die politische Bewegung um Dr. Wilhelm Beck, die Volkspartei, verfocht eine auf Veränderung ausgerichtete Politik auf Staats- und Regierungsebene.²⁵ Ihr Ziel war eine Synthese von liberalen und nationalen Prinzipien. Dazu suchte sie bewußt eine Anlehnung an die wirtschaftlich gut gestellte Schweiz und kopierte deren liberale rechtsstaatliche Einrichtungen. Es mangelte dieser Bewegung auch nicht an Unterstützung von Liechtensteinern in der Schweiz.²⁶

Die monarchistische Staatsauffassung «mit ihrer antidemokratischen Tendenz»²⁷, die vom L. V. mit Nachdruck verfochten wurde, wirkte sich parteihemmend aus. Sie hatte zur Grundlage, daß in dem einheitlich geführten Staatsgebilde, das in der monarchischen Gewalt und dem Beamtentum verkörpert erschien, kein Platz für Parteien vorhanden war. Die Mehrheit der Volksvertreter im Landtag und das L. V. identifizierten sich mit dem monarchischen Staat. So versuchten sie noch für die Landtagswahlen vom 11. März 1918, «Männer allgemeinen Vertrauens»²⁸ als Volksvertreter in Vorschlag zu bringen. Dieser Versuch scheiterte an der parteimäßig organisierten Wahl durch die Gruppe um Dr. Wilhelm Beck. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußten die Männer um das L. V. zur Erkenntnis gelangen, daß von einer Überparteilichkeit der Regierung und des Landtages²⁹ nicht mehr gesprochen werden konnte. Das hatte zur Folge, daß sie Schutz bei der Obrigkeit und deren Beamtenapparat such-

²⁵ In den O. N. Nr. 51, 14. Dezember 1918 (Gedankensplitter) wird vermerkt: «Die Volkspartei (nicht die Linke) ist nicht nur aus der Unzufriedenheit hervorgegangen, sondern auch aus der Erkenntnis, daß wir mit der Zeit Schritt halten müssen . . .»

²⁶ Ein eindrucksvolles Beispiel ist der Liechtensteiner Verein von St. Gallen und Umgebung. Siehe dessen Jahrbücher 1918 ff, insbesondere Jahrbuch 1920.

²⁷ So Kraus G. J., Die politische Partei als Rechtssubjekt: politische Partei und Wahlpartei, in JBl. 1929, 493, Fußn. 5.

²⁸ Diese Formulierung ist Triepel H., Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, 1927, 9, entnommen. Im gleichen Sinne äußert sich das L. V. Nr. 8, 22. Februar 1918 (Unsere Oberländer Abgeordneten für den kommenden Landtag): «Einstimmig herrschte die Ansicht, daß in den kommenden Landtag Männer gehören, von denen wir hoffen können, daß sie alles vermeiden, was die liechtensteinische Selbständigkeit in der jetzigen und kommenden ersten Zeit gefährden könnte.» (Hervorstreichung vom L. V.)

²⁹ So noch im L. V. Nr. 7, 15. Februar 1918. Im L. V. Nr. 8, 22. Februar 1918 (Zu den Wahlen) fordert ein Einsender: «Zu unserem neuen Landtag wollen wir lauter aufrechte, unabhängige, offene, christlich und monarchisch gesinnte Männer haben. Sie sollen alle, gar alle nur einer Partei angehören und die soll heißen die Partei der Liechtensteiner.»